Krisen überwinden – Lösungen finden

Kommentar von Wilhelm Schmülling

Die Situation ist eindeutig: Die Euro-Zone droht zusammenzubrechen. Der Bruch wirbelt Staub auf, der aus zerbröselten Sparanlagen besteht, seien sie direkt entstanden aus privaten Einlagen auf dem schlichtem Sparbuch oder indirekt über Versicherungen, Aktien oder Investments. Angst geht um, weil erst jetzt vielen Sparern bewusst wird, dass bei einem Banken-Zusammenbruch auch auf die Spareinlagen zugegriffen werden könnte. Deshalb ist die Politik bemüht, die Banken mit neuen Regeln zu stabilisieren; wenn das nicht fruchtet, auch mit Finanzspritzen aus Steuermitteln. Ein solches Vorgehen hat bei den Milliardensummen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt, was einem Vabanquespiel gleicht.

Jetzt, da die Auswirkungen des Wirtschaftssystems – das wir Kapitalismus nennen – auch dem letzten Bürger deutlich wird, kommt Wut hoch. Sollen Sparer alles verlieren, wie die Eltern 1948 durch eine Währungsreform oder Anfang der 20er Jahre durch eine galoppierende Inflation? Hin und wieder wird in den Medien das Wort „Währungsreform“ benutzt, näherliegend ist die Entwicklung hin zur Inflation. Gegen ihre eigenen Statuten verstoßend, kauft die Europäische Zentralbank EZB mit neugedrucktem Geld Schuldscheine von Pleitestaaten, hilft ihnen damit kurzfristig aus der Patsche und vergrößert damit zugleich die Geldmenge im Euro-Währungsraum. Nur geringfügig steigen die Preise, weil die unterstützten Staaten das Geld zum Schuldenabbau bei den kreditgebenden Banken nutzen und es damit bei den Großanlegern landet, die es nicht für den Konsum sondern zu weiteren Spekulationen einsetzen.

So wird eine riesige Spekulationsblase aufgebaut, noch nicht virulent in der Realwirtschaft, aber sprungbereit zum Einsatz in scheinbar werterhaltende Immobilien. Schon steigen die Häuserpreise. Bei den Lebensmitteln spürt es die Hausfrau, beim Rohöl schließlich der Autofahrer. Gleichzeitig werden staatliche Leistungen gekürzt, zum Beispiel das Renteneintrittsalter heraufgesetzt. Wenn aber die Spekulationsblase platzt, dann drohen uns Inflationsschübe wie in den 20er Jahren. Vielleicht ist das auch so gewollt. Denn nur durch Inflation oder Halbierung aller Guthaben kann sich der Staat entschulden. Die Griechen erleben dieses Scenario schon jetzt und leiden maßlos. Wütende Menschen verunsichern die Straßen – nicht nur in Griechenland. Da Appelle an Bundestagsabgeordnete kaum fruchten – sie wissen oft nicht worüber sie abstimmen – bleibt als letztes noch erlaubtes demokratische Recht die Demonstration. Nur so erreicht man Aufmerksamkeit, wenngleich zum Leidwesen von Demokraten gewaltbereite Chaoten die Demonstrationen für ihre Zwecke missbrauchen.

Die Euro-Krise bringt es an den Tag: Unsere Wirtschaftsordnung ist desolat und je länger die Krise dauert, umso mehr wird der Kapitalismus als der eigentliche Verursacher der Probleme erkannt. Noch orten die Demonstranten die Verursacher allein bei den Bankern und Milliardären, ohne die systemischen Zusammenhänge zu kennen. Die systemische Unrechtsbasis muss erkannt werden, wollen wir das Ziel einer gerechten marktwirtschaftlichen Ordnung erreichen – ohne Kapitalismus. Wir müssen erkennen, dass Marktwirtschaft und Kapitalismus nicht das Gleiche sind. Sie sind Gegensätze. Und wir müssen erkennen, dass Demokratie und Kapitalismus unvereinbar sind, wie Demokratie und Kommunismus. Alle sozialistischen und kapitalistischen Krisen haben das bewiesen.

Die Krise ist auch eine Zeit des Aufbruchs in eine bessere Welt. Mit Vorschriften, Regeln oder gar Gewalt erreichen wir nichts. Mit fundiertem Wissen gehen wir den 3. Weg in die HUMANE WIRTSCHAFT. Dann sind die Ängste ausgestanden, die uns heute quälen.

HUMANE WIRTSCHAFT

Zum Autor
Wilhelm Schmülling

Jahrgang 1928,
Herausgeber der Zeitschrift
HUMANE WIRTSCHAFT,

seit 1953 im graphischen Gewerbe, übernahm 1989 für zehn Jahre die Alleinredaktion der Zeitschrift DER DRITTE WEG,
heute HUMANE WIRTSCHAFT.